

RWE-Position zur Konsultation der Kommission über die künftige EU-Strategie bis 2020

Zum Unternehmen RWE

RWE beschäftigt rund 66.800 Mitarbeiter mit einem Umsatz von ca. 50 Mrd. Euro pro Jahr.

Mit 216 Milliarden kWh Stromerzeugung und 316 Milliarden kWh Stromverkauf sowie drei Milliarden m³ Gasförderung und 328 Milliarden kWh Gasverkauf gehört RWE zu den führenden Energieunternehmen in Europa. RWE ist in folgenden Ländern der Europäischen Gemeinschaft in Energieversorgung, Netzbetrieb, Energieerzeugung oder Öl- und Gasförderung tätig: Deutschland, Vereinigtes Königreich, Tschechische Republik, Polen, Spanien, Portugal, Italien, Österreich, Belgien, Niederlande, Ungarn, Slowakei, Luxemburg.

Zur EU-Strategie bis 2020

Energie nimmt eine Schlüsselrolle für die wirtschaftliche Entwicklung und damit für Beschäftigung und Wohlstand ein. Deshalb ist es auch künftig unverzichtbar, Energie in ausreichender Menge, sicher und zu bezahlbaren Preisen verfügbar zu machen. Die entscheidende Herausforderung besteht darin, dies in Einklang mit den Zielen der Klimapolitik zu bringen.

RWE begrüßt die Intention der Kommission, eine EU-Strategie bis 2020 auszuarbeiten, um so den Weg zu einer nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft mit dem Ziel einer intelligenteren und ökologischeren Wirtschaft realisieren zu können. RWE stimmt mit der Bewertung der Kommission überein, dass fairer und echter Wettbewerb, ausreichende Investitionen in Infrastruktur, effizienter Umgang mit den Ressourcen und die Entwicklung und Nutzung moderner Technologien die tragenden Säulen einer nachhaltigen Energiewirtschaft sein werden. Dabei müssen wir vorurteilsfrei auf die Technologien setzen, die mit den geringsten CO₂-Vermeidungskosten verfügbar gemacht werden können. Nur so ist es möglich, mit den vom Verbraucher und Steuerzahler aufgebrauchten Mitteln den maximalen Nutzen für Klima und Umwelt zu erzielen.

Die Herausforderungen der Klimapolitik können nicht mehr allein auf nationaler Ebene bewältigt werden. Dies gilt auch für die energiepolitischen Ziele der Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit der Energieversorgung. Zur Erhöhung der Versorgungssicherheit ist eine Stärkung der Kompetenzen auf europäischer Ebene notwendig. Der europäische Binnenmarkt für Strom und Gas muss weiter entwickelt, die Marktintegration muss forciert werden. Gleichzeitig ist die Schaffung eines Level Playing Field unverzichtbar. Funktionierende und effiziente Handelsmärkte und wirksamer Wettbewerb zwischen den Energieanbietern garantieren Effizienz und bewirken mehr Versorgungssicherheit.

Wir brauchen eine Einbindung der europäischen Politik in eine faire und effiziente Welt-Klimaarchitektur. Die Politik der EU setzt nur dann Maßstäbe für die Welt, wenn sie als beispielhaft wahrgenommen wird, wie anspruchsvolle CO₂-Minderungsziele zu Kosten erreicht werden können, die nicht zu Wettbewerbsverzerrungen und zu einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit für die einheimische Industrie führen.

Die angestrebte globale Halbierung der Treibhausgasemissionen muss durch individuelle Verpflichtungen aller wichtigen Staaten unterlegt sein. Die notwendige Akzeptanz kann nur bei fairer Lastenverteilung und kosteneffizienter Umsetzung erreicht werden. Langfristig muss es ein weltweit einheitliches Preissignal für CO₂-Emissionen geben, das Knappheiten anzeigt und zu CO₂-Minderungen dort führt, wo dies am kostengünstigsten möglich ist. Bis das dafür erforderliche globale Emissionshandelssystem installiert ist, müssen internationale Klimaschutzprojekte auf Basis vorhandener Instrumente (Joint Implementation, Clean Development Mechanism) genutzt werden.

RWE ist der Auffassung, dass nur ein breites Feld von Maßnahmen und Instrumenten in der Lage ist, die wirtschafts- und klimapolitischen Ziele so kosteneffizient zu erreichen, dass Europa weiterhin ein leistungsfähiger Standort für alle Wirtschaftssektoren bleibt. Kurz gefasst sieht eine entsprechende Strategie wie folgt aus:

1. So viel Energieeffizienz wie sinnvoll möglich.
2. So viel erneuerbare Energien wie sinnvoll möglich.
3. Die weitere Nutzung der Kohle, aber deutlich CO₂-reduziert.
4. Die weitere Nutzung der Kernenergie.

Hierzu benötigen wir politische und regulatorische Rahmenbedingungen, die den Unternehmen folgendes ermöglichen:

1. Investitionen in Energie- und Kommunikations-Infrastruktur.
2. Investitionen in Forschung und Entwicklung.

In diesem Zusammenhang muss gegen die wachsende Technologieskepsis und die Widerstände gegen den Neubau von Netz- und Erzeugungsinfrastruktur vorgegangen werden. Dies ist die gemeinsame Aufgabe der öffentlichen Institutionen und der Unternehmen.

Welche strategischen Maßnahmen RWE konkret als sinnvoll ansieht, wird im Folgenden detaillierter dargestellt.

Ausbau der Erneuerbaren Energien

Die CO₂-freie Energieversorgung, wie sie zur Erreichung des 2-Grad-Ziels bis 2050 notwendig sein wird, ist nur mit einem überwiegenden Anteil Erneuerbarer Energien zu erreichen. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz in Deutschland ist hierzu beispielhaft, da es sich in der Vergangenheit als ein effektives Instrument zur Förderung Erneuerbarer Energien erwiesen hat. Jetzt gilt es, durch eine sachgerechte Anpassung der Fördersätze und -kriterien sowohl Über- als auch Unterförderungen zu vermeiden.

Anzumerken ist, dass aufgrund der fehlenden Integration der Erneuerbaren Energien in das Europäische Emissionshandelssystem (ETS) durch den Ausbau der Erneuerbaren keine Tonne CO₂ eingespart wird. Das erklärt sich durch die Obergrenze für die europaweiten CO₂-Emissionen im ETS. Dies führt dazu, dass jede Tonne CO₂, die die Erneuerbaren einsparen, an anderer Stelle mehr ausgestoßen werden. Darum muss langfristig die weitgehende Integration der Erneuerbaren Energien in den Strom- und CO₂-Markt angestrebt werden.

Eine wesentliche Säule der Ausbauziele für Erneuerbare Energien ist die Offshore-Windstromerzeugung. Ausbautempo und Wirtschaftlichkeit werden jedoch teilweise durch fehlende europäische Koordination und bürokratische Hemmnisse belastet, die es abzubauen gilt. Beispielhaft seien genannt:

- Genehmigungsverfahren für Montage- und Verladestandorte dürfen nicht Jahre dauern, wenn ein schneller Ausbau tatsächlich gewünscht wird.
- Fehlende technische Standards führen zu höheren Kosten für Offshore.
- Ökologische Ausgleichsmaßnahmen dürfen die Wirtschaftlichkeit von Offshore-Investitionen nicht reduzieren und damit den Förderbedarf erhöhen.

Hinsichtlich der Nutzung der Sonnenenergie spricht sich RWE für eine effiziente Nutzung aus. So fördern wir beispielsweise das Desertec-Projekt im sonnenreichen Afrika.

Moderne Energiepolitik mit Kohle und CCS

Der überalterte Kraftwerkspark in Europa benötigt Ersatzkapazitäten. Diese können nicht allein und kurzfristig durch Erneuerbare Energien geschaffen werden. Um Versorgungssicherheit auch in den nächsten Jahrzehnten zu gewährleisten, ist es notwendig, dass auch neue, hocheffiziente fossil gefeuerte Kraftwerke gebaut werden.

Die langfristigen Klimaschutzziele stellen für die Stromerzeugung aus fossil gefeuerten Kraftwerken, insbesondere Kohlekraftwerken, eine große Herausforderung dar. Alle heute neu gebauten fossil befeuerten Kraftwerke ab 250 MW müssen deshalb zwingend dafür ausgelegt werden, das entstehende CO₂ später einmal mit der CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage – Abscheidung und Speicherung von CO₂) zurückzuhalten.

Um anspruchsvolle Klimaziele zu realisieren, sind zuerst die Möglichkeiten der volkswirtschaftlich kostengünstigsten CO₂-Vermeidung auszuschöpfen. Neue, hocheffiziente Kraftwerke haben relativ geringe Kosten der CO₂-Vermeidung. Ein neues Kohlekraftwerk kann bis zu 30% der Emissionen gegenüber einem alten einsparen. Dieses Potenzial gilt es zu heben.

CCS-Demonstrationskraftwerke (> 150 MW) müssen noch die Erprobungsphase durchlaufen und können solche Wirkungsgrade gegenwärtig nicht erreichen. Die Förderung solcher Projekte wird daher daran geknüpft, dass mehr als 90% des entstehenden CO₂ zurückgehalten wird.

Kohle ist ein bedeutender europäischer Energieträger, der noch viele Jahre wirtschaftlich gewinnbar ist. Dies ist ein Stück Energieunabhängigkeit, das es zu erhalten gilt. Mit CCS lassen sich ambitionierter Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Beschäftigung durch die Nutzung heimischer Energieressourcen verbinden. Zudem können mit der CCS-Technologie nicht nur CO₂-Emissionen aus der Energiewirtschaft, sondern auch aus der Industrie signifikant reduziert werden. Selbst „negative“ Emissionen sind beim Einsatz von Biomasse möglich. In Anbetracht der hohen Investitionskosten und der drängenden Klimaziele ist es notwendig, dass die Umsetzung dieser Technologien auch von politischer Seite flankiert wird. Hier denken wir an geeignete Rechtsrahmen, die Planungssicherheit bieten, an die Unterstützung beim Aufbau der Infrastruktur oder auch an konkrete Zusagen über die Förderung von Demoprojekten.

Neue Kraftwerke dämpfen die CO₂-Preise und ebenso die Strompreise. Emissionsobergrenzen können so für die Volkswirtschaft kostengünstiger eingehalten werden. Zudem schaffen neue Kraftwerke, die mit CCS nachgerüstet werden können, die Voraussetzung, um längerfristig ambitionierte Klimaziele umzusetzen.

Neben der Realisierung von hocheffizienten Kraftwerken und Entwicklung der CCS-Technologie sind verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, Nutzungsmöglichkeiten von CO₂ zu erforschen und anzuwenden.

Ein ambitionierter Klimaschutz geht nicht ohne die Kernenergie

Kernenergie ist der europäische Energieträger ersten Ranges. Der CO₂-arme Betrieb von Kernkraftwerken unterstützt die Klimaziele, geringe Brennstoffkosten sind im Sinne wirtschaftlicher Strompreise. Gerade wenn Europa im globalen Kontext wettbewerbsfähig bleiben möchte, ist die Unterstützung von Kernenergie notwendig. Auch die Zahlen der International Energy Agency, die eine zunehmende Energienachfrage um 50 Prozent bis 2030 prognostiziert, sprechen für die Kernenergie. Diese Zunahme um 50 Prozent wird durch fossile Energieträger und nicht durch Erneuerbare Energien ersetzt.

Ein Abschalten von Kernkraftwerken ist auch deshalb kontraproduktiv, weil damit volkswirtschaftliches Vermögen ohne Not vernichtet wird – und das in dieser schwierigen konjunkturellen Krisenzeit. Steuereinnahmen würden so verloren gehen, die Arbeitslosigkeit in den betroffenen Regionen steigen. Außerdem ist im Falle einer Abschaltung auch nur weniger Anlagen mit einem erheblichen Anstieg der CO₂-Preise sowie der Strompreise für die Industrie sowie für die Privathaushalte zu rechnen.

Energie-Importabhängigkeit

Die europäischen Volkswirtschaften sind stark von Energieimporten abhängig. Braunkohle ist der einzige subventionsfreie, heimische Energieträger mit ausreichender Verfügbarkeit. Ihre Rolle im Energiemix gilt es zu stärken. Das gilt ebenso für die Kernenergie, die das gleiche Maß an Versorgungssicherheit wie heimische Energien bietet. Der Ausbau von Erneuerbaren Energien kann maßgeblich dazu beitragen, einen weiteren Anstieg der Energie-Importabhängigkeit zu begrenzen.

Angesichts des absehbaren Rückgangs der europäischen Förderung an Steinkohle, Erdgas und Erdöl werden wir auch künftig in erheblichem Umfang von Energieeinfuhren abhängig bleiben. Ein breiter Energiemix und eine Diversifizierung der Bezugsquellen und Transportwege verringern die aus der Importabhängigkeit erwachsenden Risiken.

Auch starke Unternehmen brauchen bei internationalen Projekten und zur Realisierung innovativer Konzepte politische Rückendeckung. Die Energiepolitik muss Infrastrukturprojekte (z. B. Northstream, Nabucco, LNG, DESERTEC) deshalb intensiv begleiten.

Infrastruktur

Der europaweite Ausbau und die Entwicklung einer intelligenten Energieinfrastruktur (Smart Grids) sind unerlässlich für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Umfassende Investitionen in den Netzausbau und das bestehende Netz sind dringend geboten. Dies macht investitionsfreundliche regulatorische Rahmenbedingungen notwendig. Entbürokratisierte und verkürzte Genehmigungsverfahren würden den notwendigen Prozess wesentlich beschleunigen.

Energieeffizienz (Smart Meter, Smart Grids, moderne Stromprodukte)

Stromproduktion, Netze, die Senkung und Steuerung des Endenergieverbrauchs und moderne Produkte können und dürfen bei der Entwicklung eines modernen Energiekonzeptes nicht mehr getrennt voneinander betrachtet werden.

So muss zukünftig z.B. der wachsende Anteil volatiler Windeinspeisung energie- und kosteneffizient in die Versorgung integriert werden. Er darf daher nicht ausschließlich über die entsprechende Regelung des Kraftwerksparks gesteuert werden. Last- und zeitvariable Tarife, die sich z.B. nach der Höhe der Windeinspeisung und den Intraday-Marktpreisen richten, können den Verbrauch in Industrie, Gewerbe und in Haushalten in die Zeiten hoher Windenergieeinspeisung lenken. Hierdurch lassen sich durch flexible Angebote die Stromkosten senken.

Ergänzend hierzu wäre auch die zukünftige Einbindung von leistungsstarken stationären Akkumulatoren in Haushalten oder mittels dem zur Verfügung stehenden Speichervolumen von Elektrofahrzeugen denkbar, um Stromüberschüsse aufzunehmen und bei entsprechender Nachfrage ins Netz zurückspeisen zu können.

Solche modernen und innovativen Angebote machen die Ausrüstung der Kunden mit kommunikationsfähigen Mehrtarifzählern zwingend notwendig. Dabei kommt es darauf an, diese kommunikationsfähigen Zähler (Smart Meter) schnell, flächendeckend und ohne wesentliche Kostenbelastung für Haushalte und KMU zu installieren.

Beim Einsatz der Smart Meter gilt der Ansatz: Je mehr, je besser. Denn auch eine verbesserte Verbrauchstransparenz für den Kunden lässt sich nur mit einer neuen Zählergeneration herstellen.

Die nachweislich größten Effizienz- und CO₂-Einsparpotentiale liegen im Sektor der privaten Haushalten und der gewerblich genutzten Immobilien. Um diese Potenziale zu erschließen, gilt es einen funktionierenden Markt für Energieeffizienzdienstleistungen zu etablieren. Ein Beispiel dafür wäre der gezielte Einsatz von IKT im Bereich der Heimautomatisierung. Diese

sogenannten SmartHome-Lösungen ermöglichen eine schnelle und flächendeckende Reduktion von CO₂-Mengen. Die optimierte Einbindung neuer innovativer Produkte und die Verknüpfung mit bestehenden aber auch zukünftig entwickelten technischen Geräten erfordern jedoch umfangreiche branchenübergreifende Forschungsprojekte und Feldstudien zum Nutzungsverhalten der Konsumenten. Dies sollte auch weiterhin durch gezielte staatl. Fördermaßnahmen unterstützt werden. Gleichzeitig kann durch eine gezielte staatl. Förderung (Einmalbonus etc.) beim Kauf des Produktes die flächendeckende Einführung unterstützt werden.

Ein weiterer wichtiger Markt ist die energetische Sanierung von Gebäuden. Hier gilt es den seit Jahren existierenden Investitionsstau aufzulösen. Einerseits sind gezielte Fördermaßnahmen (Investitionszuschuss und/oder steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten) notwendig als auch eine weitere Aufklärung und Information der Kunden, um die Einsparpotenziale aufzuzeigen. Die rechtlichen Regelungen in Deutschland (EEWärmeG, EnEV, MAP, KWKG EDL, etc.) sind dazu wieder sinnvoll für den Gebäudebereich (Neubau und Sanierung) zusammenzufassen, so dass auch Handwerker und Endkunden die Anforderungen nachvollziehen können und nicht durch Überregulierung Investitionen ausbleiben. Dabei ist eine technologieoffene Forderung und Förderung, die sich beispielsweise an der Energieeinsparung und/oder der CO₂-Einsparung ausrichtet, besonders zielführend. In diesem Fall werden Effizienzmaßnahmen ergriffen, die wirtschaftlich und energetisch sinnvoll sind. Eine Fehlallokation von Finanzmitteln mit den negativen Folgen überbewerteter Produktion und Produktgestaltung wird verhindert.

Bei der Steigerung der Energieeffizienz ist grundsätzlich auf den bewährten Instrumentenmix zu setzen, dessen Zusammenspiel und Wirkung jedoch zeitnah überprüft werden muss.

- Freiwillige und häufig kostenlose Angebote der Energieversorgungsunternehmen, die im Rahmen der Kundenbindung oder Kundengewinnung gemacht werden.
- Dienstleistungen, die sich im Wettbewerb bilden (und wo vor allem wirtschaftliche Potenziale für kleine Beratungsunternehmen, Handwerk und Bauunternehmen bieten).
- Ordnungsrecht durch regelnde Vorschriften dort, wo der Markt und Freiwilligkeit zu suboptimalen Ergebnissen führen (Beispiele: Ökodesign-Richtlinie, Gebäudestandards, Effizienzkenzeichnung von Elektrogeräten).
- Staatliche Förderung dort, wo sich ein Dienstleistungsmarkt selbständig nicht entwickeln kann oder Hemmschwellen für Effizienzinvestitionen überwunden werden müssen.
- Systematischer Abbau von Hemmnissen der effizienten Energienutzung, wie z.B. im Mietrecht.
- Harmonisierung bestehender und zukünftiger Verordnungen und Gesetze auf europäischer und nationaler Ebene unter Berücksichtigung der EU-Vorgaben zum Bürokratieabbau.

Der Schwerpunkt eines künftigen Energieeffizienzaktionsplans sollte darauf liegen, einen funktionierenden und breiten Markt für Energieeffizienzdienstleistungen zu entwickeln. Dabei sind die folgenden Bereiche wichtig: Abbau von Informationsbarrieren, Abbau rechtlicher Barrieren für den Zugang von Anbietern zu diesem Markt; sinnvolle Instrumente zur Stimulierung der Nachfrage nach Energiedienstleistungen. Bevor allerdings neue Maßnahmen eingeleitet werden, sollte die Wirkung der bereits laufenden Maßnahmen und Instrumente einer sorgfältigen Evaluierung unterzogen werden. Darauf aufbauend können dann konkrete Hinweise auf die Notwendigkeit und Ausgestaltung zusätzlicher Gesetzgebungsschritte gewonnen werden.

Elektromobilität

Elektromobilität ist ein wichtiges Innovationsthema mit hohem Wachstumspotential. Es wird erwartet, dass die Zahl der Kraftfahrzeuge weltweit von 700 Mio. heute auf etwa eine Milliarde bis zum Jahr 2020 ansteigt. Bei Umsetzung auf breiter Basis leistet Elektromobilität einen wesentlichen Beitrag zu Versorgungssicherheit und Umweltschutz bei wettbewerbsfähigen Kosten. Denn durch den Anstieg von Elektrofahrzeugen wird die Abhängigkeit von endlichen Rohstoffen wie Erdöl weiter reduziert und durch die Verwendung von Ökostrom als Ladestrom ist Elektromobilität sogar CO₂-frei. Wesentliche Vorteile in Städten und Ballungszentren sind die Senkung der CO₂-Emissionen, die Reduzierung der innerstädtischen Abgas-, Feinstaub- und Lärmbelastung sowie die Möglichkeit neuer Verkehrskonzepte.

Laufende Pilotprojekte reichen alleine nicht aus, um der Elektromobilität zum schnellen und flächendeckend Durchbruch zu verhelfen. Die wachsende Rolle der Elektromobilität und ihr Beitrag zur Gesamtsystemeffizienz und zum Klimaschutz sollte deshalb durch die politische Rahmensetzung adressiert und in der Marktentwicklungsphase gefördert werden, damit die europäische Entwicklung rasch voranschreitet. Denkbar sind hier z.B. ein Einmalbonus beim Fahrzeugkauf, eine CO₂-basierte Kraftfahrzeugsteuer, einheitliche technische Anschlussbedingungen und einfache, standardisierte Grundlagen für die Abrechnung der Netznutzungsentgelte.

Weißer Zertifikate

Das Ziel der EU, den Energiedienstleistungsmarkt zu entwickeln, wird von RWE vollumfänglich mitgetragen. In der Praxis aber zeigt sich oft, dass die Investitions- und Transaktionskosten vergleichsweise groß zum Transaktionsertrag (= wirtschaftlicher Nutzen der Einsparung) sind. Deshalb schlägt RWE vor, Energiesparinvestitionen dem Initiator (also z.B. einem Energieversorger, aber auch Dritten wie einem unabhängigen Contractingunternehmen) zusätzlich durch handelbare, werthaltige „Einsparzertifikate“ zu vergüten. Dieser kann die dann auf den Märkten weiter veräußern. Eine solche Interpretation von „Weißen Zertifikaten“ sieht RWE als sinnvoll an.